

Zukunftsstrategie für die russischen Hochschulen: Klasse statt Masse

Christine Teichmann-Nadiraschwili, Berlin

Zusammenfassung

Trotz deutlicher Zuwachsraten in der staatlichen Alimentierung der russischen Hochschulen hat die Qualität der akademischen Ausbildung in vielen Fachrichtungen spürbar nachgelassen. Experten sprechen von einer »Profanisierung der Hochschulbildung«, da immer mehr Bewerber zum Studium zugelassen werden, die nicht über die notwendigen intellektuellen Voraussetzungen, aber über ausreichend Geld zur Finanzierung einer Hochschulausbildung verfügen. Um dieser fatalen Entwicklung Einhalt zu gebieten, sollen staatliche Mittel künftig effizienter eingesetzt werden, indem diese vorrangig an international wettbewerbsfähige »Hochschulgiganten« (v. a. Forschungsuniversitäten) vergeben werden, die in den von der Politik als prioritär für die nationale Wirtschaft eingestuften Fachrichtungen ausbilden und forschen.

Die Entwicklung der Hochschulbildung

Während derzeit in Deutschland mit Blick auf wachsende Studierendenzahlen und dem Anspruch, Wissenschaft und Lehre überall auf hohem Niveau zu garantieren, von einer »Finanzierungskrise« die Rede ist, auf die das deutsche Hochschulsystem zusteuern würde (so die Worte des Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin im Frühjahr 2011), haben die russischen Hochschulen die Wirtschaftskrise weitgehend unbeschadet überstanden und erhalten zudem seit Jahren immer mehr Geld aus dem Staatshaushalt, obwohl die Studierendenzahlen stagnieren bzw. aus demographischen Gründen sogar rückläufig sind. Einige Einrichtungen beziehen weitaus größere Summen vom Staat als andere, da sie sich in einem Auswahl- und Wettbewerbsverfahren – ähnlich der deutschen Exzellenzinitiative – durchsetzen konnten und jetzt als »Forschungsuniversitäten« Priorität in der staatlichen Alimentierung genießen. *Aber:* Mehr Geld bedeutet nicht automatisch bessere Qualität in der Hochschulausbildung. Im Gegenteil – im letzten Jahrzehnt ist trotz permanenter Erhöhung der staatlichen Zuwendungen für die nationalen Hochschulen die Qualität in der Ausbildung deutlich zurückgegangen, so die Aussagen von Hochschulakteuren und Bildungspolitikern. Im Nachfolgenden sollen diese beiden Tendenzen näher betrachtet, ihre Interaktion untersucht und Szenarien für die künftige Entwicklung aufgezeigt werden.

Diversifizierung der Hochschulfinanzierung als Überlebensstrategie in den 1990er Jahren

Erinnert sei daran, dass mit Beginn der 1990er Jahre die russischen Hochschulen in eine tiefe und langwiegige Finanzkrise gerieten, da sich der Staat aufgrund fehlender Wirtschaftskraft aus der finanziellen Verantwortung für seine akademischen Einrichtungen zurückzog und diese weitgehend sich selbst überließ. Die Folge war, dass die Einrichtungen nach anderen Möglichkeiten suchen mussten, um die kargen Zuwendungen aus dem Staatshaushalt aufzubessern, um so zumindest ihr

Überleben zu sichern. In dieser Zeit setzte im Hochschulbereich wie auch in anderen Bereichen des Bildungssystems eine Kommerzialisierung ein, die sich vor allen Dingen darin manifestierte, dass die Einrichtungen Gebühren für die von ihnen angebotenen Bildungsdienstleistungen erhoben. Auf diese Weise flossen beträchtliche Summen an privaten Geldern in die Bildung und immer wieder wurde vor der »Kommerzialisierung der Bildung« und deren negativen Folgen gewarnt. Experten sind der Auffassung, dass bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts die Hochschulen nur dadurch überleben konnten, dass sie systematisch mit allen legalen und illegalen Mitteln die Zahl der zahlenden Studierenden und ihre Angebote an gebührenpflichtigen Leistungen erhöht haben.

Seit einigen Jahren kann man feststellen, dass diese schwierigen Zeiten offenbar überstanden sind. Es gibt heute einige hervorragende russische staatliche Hochschulen und Universitäten (ähnlich wie zu Zeiten der Sowjetunion), die auch international in der »ersten Liga« mitspielen, und die Kommerzialisierung der Bildungsangebote im Hochschulbereich hält sich in Grenzen und ist in der Tendenz sogar rückläufig. Was ist also in den letzten fünf bis zehn Jahren auf diesem Gebiet geschehen?

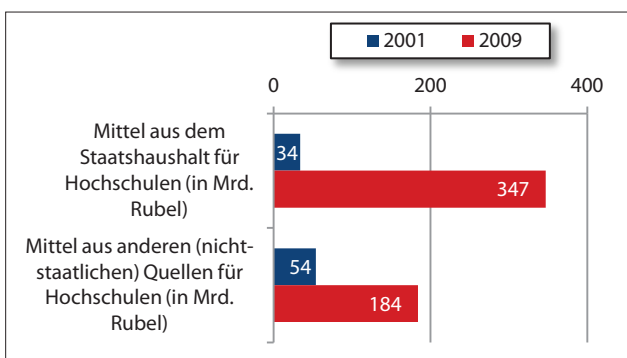
Forcierte staatliche Finanzierung der Hochschulen – zurück in die Vergangenheit?

Das nominale Wachstum der Mittel aus dem Staatshaushalt für die Hochschulen weist für die letzten Jahre sehr hohe Zuwachsraten auf: Allein im Jahr 2010 wurden 375,5 Mrd. Rubel aufgewendet. 2011 sollen es – so kürzlich der Premierminister – sogar 390 Mrd. Rubel sein. Im Vergleich dazu: Im Jahr 2004 waren es »nur« 76,9 Mrd. Rubel, die für Hochschulausbildung inklusive postgraduale Ausbildung aus dem Staatshaushalt bereitgestellt wurden. Das bedeutet, dass im Jahr 2010 nominal das 4,5-fache für Hochschulbildung aus dem Staatshaushalt aufgewendet wurde. (Real belief sich das Wachstum immer noch auf das 3-fache.) Die staatlichen

Hochschulen profitieren aber nicht nur von den hohen Zuwachsraten bei den Mitteln aus dem Haushalt, sondern auch von der demographischen Entwicklung, d. h. in den letzten ca. fünf Jahren ist aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge unter den Abiturienten die Zahl der Studierenden auf Staatskosten deutlich zurückgegangen. Dies wiederum bedeutet, dass für den einzelnen Studierenden mehr Geld in der Hochschulausbildung zur Verfügung stand: Im Durchschnitt waren das fast 135.000 Rubel pro Jahr (im Direktstudium sogar fast 185.000 Rubel).

Obwohl die Hochschulen nachweislich mehr Geld aus dem Staatshaushalt erhalten, ist der Anteil der zahlenden Studierenden im Vergleich zu denen, die auf Staatskosten studieren, immer noch sehr hoch. Seit 2000 hat sich die Waage beständig zugunsten der zahlenden Studierenden geneigt, d. h. es wurden immer mehr Erstsemester an die Einrichtungen aufgenommen, die für ihr Studium Gebühren zahlen. Die Zahl der staatlich finanzierten Studienplätze ist seitdem annähernd gleich geblieben. Im Jahr 2009 studierten lediglich 38 % auf Staatskosten, 62 % hingegen auf eigene Kosten (an staatlichen oder privaten Einrichtungen). Prognosen besagen, dass im Jahr 2015 aufgrund der demographischen Entwicklung eine Parität erreicht sein wird.

Seit 2005 ist trotz der Zuwächse bei den »Gebührendzahlern« an den Universitäten auch eine andere Entwicklung zu beobachten, denn innerhalb von drei Jahren sank der Anteil an Einnahmen der Hochschulen, die nicht aus dem Haushalt stammen, insgesamt unter 50 % der Gesamteinnahmen. Statistiken weisen zudem aus, dass zwischen 2001 und 2009 die Bildungsfinanzierung aus Nichthaushaltsmitteln (Gebühren, Drittmittel u. a.) sich in allen Bildungsbereichen zwar absolut vergrößert hat, anteilmäßig (an den Gesamteinnahmen) aber rückläufig gewesen ist. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Mittel, die aus dem Staatshaushalt für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt wurden – wie bereits erwähnt – kontinuierlich gewachsen, insbesondere der Anteil für die Hochschulausbildung.



Quelle: www.hse.ru/news/recent/2706536.html (Zugriff 24.03.2011)

Neue Tendenz: Abkehr der privilegierten staatlichen Hochschulen von den Gebührenzahlern

Die Diversifizierung unter den Hochschulen wird vom Staat seit geraumer Zeit vorangetrieben – vor allem mit Blick auf die Qualität der Hochschulbildung. Dieser Prozess wird gezielt über die Vergabe der staatlichen Mittel gesteuert.

Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, da die Hochschulen auf andere als die staatlichen Quellen zur Finanzierung ihrer Tätigkeit setzten, ist es heute so, dass viele Hochschuleinrichtungen des Landes primär darauf orientiert sind, die verschiedenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um *mehr* Geld aus dem Staatshaushalt zu akquirieren. Die gezielte Akquise von Mitteln aus anderen Quellen (z. B. durch Gebühren) ist in den Hintergrund getreten, spielt keine so große Rolle mehr. Vielmehr ist in diesem Zusammenhang eine andere Tendenz zu beobachten: Gebührenzahler findet man zunehmend dort, wo qualitativ minderwertige und vor allem billige Hochschulausbildung angeboten wird.

Entsprechend der Strategie zur Entwicklung des Hochschulsektors werden staatliche Gelder an die großen föderalen Forschungsuniversitäten vergeben, die sich fast ausschließlich über Staatsgelder finanzieren. In der Praxis sieht das so aus, dass nunmehr ca. 10 % der staatlichen Hochschulen als »Privilegierte«, die über einen Wettbewerb ausgewählt wurden, über einen Großteil der staatlichen Gelder verfügen. Diese Einrichtungen weisen in ihren Haushalten relativ wenig Drittmittel aus, die aus Forschungsaufträgen stammen. Sie bieten aber trotzdem zusätzlich gebührenpflichtige Studiengänge an, die meist sehr teuer sind, was offenbar dazu geführt hat, dass die Zahl der Gebührenzahler an diesen Einrichtungen deutlich zurückgegangen ist. Die »zahlenden Studierenden« konzentrieren sich dagegen immer mehr auf die weniger privilegierten Hochschulen und dort vorzugsweise – wie in den 1960er Jahren – auf die Fernstudiengänge. Die simple (Überlebens-)Strategie dieser anderen, »normalen« Hochschulen ist: Niedrige Gebühren (ca. 30.000 bis 45.000 Rubel pro Jahr) von einer größeren Zahl Studierender einzunehmen. Für eine »reiche« Hochschule dagegen, die ca. 184.000 Rubel pro Jahr aus dem Staatshaushalt für einen Studenten erhält, sind Gebühreneinnahmen in dieser Höhe kaum attraktiv.

Infolge dieser Auswahlpolitik und der Entstehung einiger weniger »Hochschulgiganten« (zu denen v. a. führende Einrichtungen aus Moskau und St. Petersburg gehören) vergrößert sich zunehmend die Kluft zwischen den »Giganten«, die vom Staat auch großzügig gefördert werden, und den regionalen Einrichtungen. Hinzu kommt, dass Anfang Juli 2011 im Parlament eine

Gesetzesänderung beschlossen wurde, die es künftig auch nichtstaatlichen Hochschulen (die über eine staatliche Akkreditierung verfügen) erlaubt, Studierende auf Staatskosten auszubilden. Oder anders gesagt: Staatliche Gelder werden über kurz oder lang auch in nichtstaatliche Hochschulen fließen.

Hochschulausbildung in Russland heute: Masse statt Klasse?

Der russische Terminus für »Hochschulbildung« ist schon seit seinen Ursprüngen mit dem Zusatz »berufliche« versehen. Allerdings wird gerade dieses Spezifikum seit Jahren vernachlässigt, was zu deutlichen Qualitätseinbußen in der Ausbildung beigetragen hat. Kritiker plädieren von daher wohl zu Recht für eine Umbenennung in »allgemeine Hochschulbildung« anstelle von »beruflicher Hochschulausbildung«. Die Hochschule hat sich in eine Institution zur »Sozialisierung junger Menschen« verwandelt, sie ist schon lange nicht mehr die Institution für »höhere Berufsbildung«. Mehrheitlich genügen Hochschulabsolventen nicht den aktuellen Anforderungen auf dem nationalen Arbeitsmarkt. So vertreten Experten z. B. die Meinung, dass ca. 90 % der Absolventen von russischen Wirtschaftshochschulen Methoden zur ökonomischen Analyse unzureichend oder gar nicht beherrschen.

Experten – wie der Rektor der Wirtschaftshochschule von Moskau, die zugleich den Titel »Forschungsuniversität« in ihrem Namen trägt – sprechen von einer »Profanierung der Hochschulbildung«, zu der es in den letzten Jahren aus zwei Gründen gekommen ist: Zum einen weil ca. ein Drittel der staatlichen Hochschulen immer wieder Gebührenzahler aufnimmt, die nicht über die notwendigen Kenntnisse und intellektuellen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium verfügen. In den letzten Jahren ist aber auch zu beobachten, dass selbst auf diese Weise das Kontingent an staatlich finanzierten Studienplätzen in vielen Hochschulen nicht voll ausgenutzt wird. Zum anderen gibt es massenhaft Studienangebote vor allem in den gebührenpflichtigen Studiengängen, deren Ausbildungsqualität sehr niedrig ist, d. h. die Absolventen dieser Studiengänge sind am Ende des Studiums nicht einmal mit den notwendigen Grundkenntnissen und -kompetenzen ausgestattet. Eine solche »Pseudoausbildung« wird vor allem bei Ingenieuren und Pädagogen beklagt, die aufgrund des großen Mangels an Fachkräften in diesen Berufen sogar auf Kosten des Staates studieren können, und bei Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen, die ein gebührenpflichtiges Studium an privaten Einrichtungen absolviert haben. Die Ausbildung an den technischen Hochschulen des Landes wird inzwischen auch als prekär eingeschätzt, da es dort eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Studien-

bewerbern gibt, die trotz ungenügender Kenntnisse bzw. Voraussetzungen aufgenommen werden. (Die Punktzahl aus der Einheitlichen Schulabschlussprüfung/EGE – der Voraussetzung für die Erteilung der Studienberechtigung – entspricht bei diesen Bewerbern maximal der Schulnote »3«.) Würde man allerdings die Eingangshürden für die Bewerber an den technischen Hochschulen erhöhen, um so auch die Qualität der Ausbildung bzw. der Absolventen zu verbessern, gäbe es mit hoher Wahrscheinlichkeit weitaus weniger Studierende und Absolventen. Und damit würden dann den Hochschulen auch weniger Gelder vom Staat zur Verfügung stehen.

Das Zukunftsszenario: Klasse statt Masse durch effizienteren Mitteleinsatz

Seit geraumer Zeit arbeitet die Bildungspolitik an einem Plan zur »Konsolidierung des nationalen Hochschulsystems«. Der Fokus ist darauf gerichtet, Hochschulen zu fusionieren, um so die staatlichen Mittel effizienter einsetzen zu können und im Endeffekt leistungsstärkere – sowohl in der Lehre als auch der Forschung – Einrichtungen zu entwickeln. Systembildend sollen in diesem Kontext die föderalen Universitäten und die Forschungsuniversitäten sein. Konkret würde das bedeuten, dass der derzeitige Bestand von ca. 1.000 Hochschulen und 3.000 landesweiten Filialen dieser Hochschulen um ca. 30 % reduziert wird. Allerdings soll dieser Prozess nicht durch reine Schließung von Hochschulen vonstatten gehen, sondern es zeichnen sich derzeit zwei Wege ab, die eng mit der allgemeinen Situation in der akademischen Bildung verbunden sind. Neben den erwähnten Zusammenführungen und Gründungen von sogenannten »Hochschulgiganten« sollen andere (vor allem kleinere, weniger effiziente) Einrichtungen als »Berufsbildungseinrichtungen« weiterhin existieren, ihren Status als Hochschule aber verlieren. Legitimiert und begründet wird dies unter anderem mit dem endgültigen Übergang zur zweistufigen Hochschulausbildung in Russland im Kontext des Bologna-Prozesses. Die erste Stufe, der Bachelor-Abschluss, soll künftig vorwiegend an Kollegs oder Instituten erworben werden, die aus Hochschulen hervorgegangen sind, denen aber der Status einer Universität bzw. Hochschule aus erwähnten Gründen durch den Staat aberkannt wurde. Damit soll gleichzeitig der erwähnte Fachkräftemangel in der russischen Wirtschaft ausgeglichen werden, denn das existierende Berufsbildungssystem (unterhalb der akademischen Ebene) ist nach wie vor so unzureichend entwickelt, dass es den Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt nicht einmal annähernd decken kann. Konkret wird bereits darüber diskutiert, in diesem Zusammenhang die »Bologna-Terminologie« mit Blick auf den Ausbildungsnachweis zu

erweitern, indem ein sogenannter »angewandter Bachelor« (prikladnyi bakalavr) eingeführt wird.

Bereits im Mai 2010 wurde ein Gesetz angenommen, nach dem alle staatlich finanzierten Bildungseinrichtungen künftig einer neuen Klassifizierung unterliegen sollen, um so die staatlichen Gelder effizienter einsetzen zu können. (Das Gesetz soll zum 01.07.2012 in Kraft treten.) Für die Hochschulen bedeutet das, dass die Mittel künftig in erster Linie in Abhängigkeit von Aufträgen seitens des Staates an die Hochschulen bereitgestellt werden sollen. Konkret wird an Richtlinien zur staatlichen Finanzierung gearbeitet, die sich an dem jeweiligen Profil der Hochschulausbildung orientieren sollen. In der Folge würde das bedeuten, dass zum Beispiel technische Hochschulen mehr Geld vom Staat erhalten als Hochschulen, die in geisteswissenschaftlichen Fächern ausbilden und deren Ausbildung weniger kostenintensiv ist. Experten gehen davon aus, dass staatlich finanzierte Studienplätze je nach Fachrichtung in der Ausbildung zwischen 47.000 und 300.000 Rubel pro Studienjahr erfordern. Neben der Effizienzsteigerung beim Einsatz

staatlicher Mittel soll den Hochschulen mehr Freiheit in Bezug auf ihre Wirtschaftstätigkeit gewährt werden, was an die alte Losung aus den 1990er Jahren – »Kein Geld, dafür aber Freiheit« – erinnert, zumal künftig alle Einnahmen der Hochschulen aus anderen Quellen, d. h. eingeworbene Drittmittel, Einnahmen aus Gebühren etc., auf die staatlichen Mittel angerechnet werden sollen. Dies wiederum ruft insbesondere die bildungsinteressierte Öffentlichkeit auf den Plan, da vermutet wird, dass auf diese Weise kostenpflichtige Angebote auf allen Ebenen ausgeweitet werden.

Die aktuellen Entwicklungen in der akademischen Ausbildung in Russland wurden und werden weitgehend durch den Staat gesteuert – insbesondere auch durch direkte Unterstützung und auf Initiative des Premierministers, der seinerzeit in den ersten beiden Amtsperioden als Präsident Bildung zur »Chefsache« erklärt hatte. Von daher ist bereits heute abzusehen, dass diese Politik eine nahtlose Fortsetzung erfahren wird, wenn er im kommenden Jahr die Präsidentschaftswahlen gewinnen sollte.

Über die Autorin

Dr. Christine Teichmann-Nadiraschwili ist promovierte Linguistin. Seit den 1990er Jahren arbeitet sie in der international vergleichenden Wissenschafts- und Bildungsforschung. Ihre Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf die Transformation der Hochschulsysteme in den Staaten Osteuropas und Zentralasiens. Z. Zt. ist sie als freie Wissenschaftlerin in Berlin und als Lehrbeauftragte an der Universität Potsdam tätig.

Lesetipps

- Meister, Stefan: Föderale Hochschulen – Russlands neue Kaderschmieden? Russland-Analysen 185/2009 www.laender-analysen/russland/pdf/Russlandanalysen185.pdf
- Meister, Stefan: Das postsowjetische Universitätswesen zwischen nationalem und internationalem Wandel. Die Entwicklung der regionalen Hochschule in Russland als Gradmesser der Systemtransformation, Stuttgart: ibidem 2008, 324 S.
- Teichmann, Christine: Akademische Ausbildung in Russland an staatlichen Hochschulen: Auf Kosten des Staates oder gegen Gebühren. Russlandanalysen 162/2008 www.laender-analysen/russland/pdf/Russlandanalysen162.pdf
- Teichmann, Christine: Die Hochschultransformation im heutigen Osteuropa. Kontinuität und Wandel bei der Entwicklung des postkommunistischen Universitätswesens, Stuttgart: ibidem 2007, 306 S.